

Negative Aktivitäten zum IX. Pädagogischen Kongress

[ohne Datum]

Information Nr. 183/89 über einige Aspekte zu Vorgehensweisen und Vorhaben politisch negativer und kirchlicher Kräfte in der DDR bezogen auf den IX. Pädagogischen Kongress im Juni 1989

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3764, Bl. 1–8 (13. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Hager, Jarowinsky, Krenz, Margot Honecker, Oppermann, Kraußner, Löffler – MfS: Mittig, Leiter HA XX, HA XX/8, HA XX/AKG, Rebohle (ZAIG), Ablage, BV Berlin/AKG.

Datum

Datierung durch Bearbeiter: 21.4.1989 (nach ZAIG-Postausgangsbuch, BStU, MfS, ZAIG, Bl. 201).

Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen bilden gezielte Versuche der Einflussnahme auf die sozialistische Bildungs- und Erziehungspolitik in der DDR und direkte Angriffe auf diese Bereiche seit Langem einen immanenten Bestandteil politischer Konzeptionen und von Vorgehensweisen oppositioneller und politisch negativer Personen sowie besonders auch im Wirken der evangelischen Kirchen in der DDR. Mit der offiziellen Bekanntgabe des Termins über die Durchführung des IX. Pädagogischen Kongresses¹ für den Zeitraum vom 12. bis 15. Juni 1989 verstärkten sich ab dem Jahre 1988 Bestrebungen solcher Kräfte zur inhaltlichen Ausrichtung ihres Wirksamwerdens und ihrer Aktivitäten auf dieses bedeutsame gesellschaftspolitische Ereignis. So befassten sich bereits die Teilnehmer des sogenannten zentralen Treffens von »Frauenfriedensgruppen« im April 1988 in Karl-Marx-Stadt² umfassend mit Bildungs- und Erziehungsproblemen. Die wegen ihrer politisch negativen Haltung hinlänglich bekannte Ulrike Poppe³ regte dabei die Abfassung einer sogenannten Petition an den IX. Pädagogischen Kongress an, in der u. a. Forderungen nach »Entmilitarisierung« von Schulbüchern (Entfernung von Feindbildern und dgl.) erhoben werden sollten. Demagogisch nutzten vorgenannte Kräfte die im Oktober 1988 gegenüber Schülern der Erweiterten Oberschule »Carl von Ossietzky« in Berlin-Pankow notwendig gewordenen staatlichen Maßnahmen und die in diesem Zusammenhang entstandene Situation dazu aus,⁴ ihrem Vorgehen größere Öffentlichkeit, Einheitlichkeit und Wirksamkeit zu verleihen. So heißt es in einem von hinlänglich bekannten politisch negativen Personen verfassten Aufruf für einen »DDR-weiten Aktionstag« für die Solidarisierung mit den genannten Schülern, es sei an der Zeit, sich mit der generellen Situation des Erziehungs- und Bildungswesens in der DDR auseinanderzusetzen. Der »Aktionstag« solle als möglicher Beginn einer breiten Diskussion aller gesellschaftlichen Gruppen für diesen notwendigen Prozess angesehen werden, bei dem es darauf ankomme, Themenvorschläge zu diskutieren wie

- Notwendigkeit der Neuarbeitung der Inhalte aller Bildungspläne, um damit die Erziehung zu selbstständig denkenden und handelnden Menschen zu gewährleisten, die fähig und bereit sind, das Leben der Gemeinschaft zu gestalten;
- Gewährleistung der Gestaltung von solchen Lehr- und Erziehungsmethoden, mit denen Initiativen und Kreativität aller möglich werden;
- Demokratisierung der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen durch Wählbarkeit von Direktoren und Lehrern sowie durch Gewährleistung Mitbestimmungsrechtes von Schüler- und Studentenräten;
- Notwendigkeit der höheren Qualifizierung und Kompetenz der Lehrer;
- Reform des Bildungssystems von der Vorschulerziehung bis zur Hochschulausbildung.⁵

In einer »Erklärung« aus gleichem Anlass artikuliert der hinlänglich bekannte feindlich negative personelle Zusammenschluss »Initiative Frieden und Menschenrechte«, ⁶ Berlin: »Das Ziel der gegenwärtigen Bildungspolitik ist letztlich die Erziehung zu Untertanen... (es) ist dringend geboten, sich einer solchen Politik zu widersetzen. Als Voraussetzung für eine grundsätzliche Veränderung der Bildungspolitik müssen wir die Aufhebung aller Rechte auf Bildung einschränkenden Sanktionen wegen der Inanspruchnahme anerkannter Menschenrechte fordern.«⁷ In einem als aktuelles politisches Aktionsprogramm dieses Zusammenschlusses zu wertenden »Aufruf« vom März 1989⁸ wird diese antisozialistische Stoßrichtung erneut bekräftigt, indem dort fixiert wird: »Die »Initiative Frieden und Menschenrechte« sieht als besonders wichtiges Aufgabenfeld eine grundsätzliche und seit Langem überfällige Reform des Bildungs- und Erziehungswesens in der DDR. Den vielfältigen und komplizierten Problemen der nächsten Jahrzehnte könne nur begegnet werden, wenn jede Generation als eine mündige und sich selbst verantwortlich einer für sie offenen Zukunft entgegengehen kann.«

Die aktuelle Position der evangelischen Kirchen in der DDR zur sozialistischen Bildungs- und Erziehungspolitik in der DDR brachte gewissermaßen Konsistorialpräsident *Stolpe*,⁹ Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, während eines sogenannten Informationsgottesdienstes im Zusammenhang mit den genannten Ereignissen um die relegierten Schüler der EOS »Carl von Ossietzky« öffentlich zum Ausdruck, indem er erklärte: »Wir werden bei unserer Position bleiben müssen, dass es unserer evangelischen Kirche nicht darum geht, staatliches Schulmonopol zu brechen, dass wir uns aber verpflichtet wissen gegenüber Schülern und Eltern, ihre Belange, die sie mit Recht artikulieren möchten, gegenüber dem Bildungswesen weiterzutragen. Davon können wir nicht abrücken ... Wir müssen uns intensiv dem Grundthema: Christliche Menschen... im Bildungssystem der DDR stellen. Es müssen Wege gefunden werden, das ... gesamtgesellschaftliche Gespräch über Fragen des Bildungswesens ingangzusetzen.«

In dieser Hinsicht sind auch die andauernden Forderungen kirchenleitender Kräfte und Gremien nach »Sachgesprächen mit der Volksbildung« zu werten. Ebenfalls kennzeichnend dafür sind Inhalte von Beratungen und Beschlüssen bzw. sogenannten Arbeitspapieren von Synoden und anderen kirchlichen Veranstaltungen. So werden in einem Diskussionspapier »Textentwurf 006« der »2. Vollversammlung« der »Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« (Oktober 1988 in Magdeburg),¹⁰ formuliert als »Erwartungen an staatliche und gesellschaftliche Institutionen«, der Abbau von Vorurteilen und Feindbildern in der Erziehung und Ausbildung ... und die Befähigung zu friedlicher Konfliktlösung gefordert. Dazu sei es u. a. notwendig,

- den Wehrunterricht¹¹ an den Schulen abzuschaffen und ein Unterrichtsfach »Friedenserziehung« einzuführen,
- »militärverherrlichende Inhalte und Tendenzen zur Feindschafts- und Hasserziehung« aus den Lehrbüchern, Lehr- und Erziehungsplänen zu entfernen,
- die Produktion und den Verkauf von Kriegsspielzeug einzustellen sowie
- die obligatorische vormilitärische Ausbildung und ihre »Verknüpfung mit dem Zugang zu bestimmten Bildungswegen und Berufen« abzuschaffen.¹²

Mit Beginn des Jahres 1989 und in der Tendenz zunehmend sind weitergehende gezielte Aktivitäten politisch negativer und reaktionärer kirchlicher Kräfte zur politischen Störung des IX. Pädagogischen Kongresses erkennbar. Hauptinhalte der geführten Angriffe sind Forderungen nach

- »Demokratisierung und Entideologisierung« des sozialistischen Bildungs- und Erziehungssystems, einschließlich der Zurückdrängung gesellschaftlicher Einflüsse,
- Abschaffung »aller Elemente militärischen Inhalts und Charakters« im Prozess von Bildung und Erziehung sowie in allen Bildungsbereichen
- »Relativierung« der gegenwärtigen Bildungsinhalte und -methoden,
- Gewährleistung »gleicher Bildungschancen für religiös gebundene Personen«.

Mit dem Ziel, derartige Probleme unter gleichgesinnten, interessierten und in den Bildungs- und Erziehungsprozess direkt einbezogenen Personen, einschließlich Schülern und Studenten, umfassend öffentlich zu diskutieren, zu popularisieren und konkrete Handlungsbereitschaften für weitergehende Aktivitäten zu initiieren, werden die vielfältigsten Formen des regionalen und überregionalen Wirkens personeller Zusammenschlüsse, eine Vielzahl kirchlicher Veranstaltungen sowie die breite Palette nicht genehmigter Druck- und Vervielfältigungsmaterialien solcher Kräfte dahingehend genutzt. Ferner bildeten sich spezielle Untergruppen in personellen Zusammenschlüssen, deren thematische Arbeit ausschließlich auf den IX. Pädagogischen Kongress ausgerichtet ist, so der sogenannte Arbeitskreis »Erziehung und Bildung« des »Friedenskreises der Gethsemanekirchengemeinde« Berlin-Prenzlauer Berg,¹³ die »Arbeitsgruppe pädagogisches Seminar« der Gruppe »Gegenstimmen«¹⁴ in der Hauptstadt Berlin und der unter Leitung des reaktionären Positionen einnehmenden Pfarrers *Schorlemmer*¹⁵ stehende »Arbeitskreis Pädagogik« in Wittenberg. In der Hauptstadt Berlin agierende politisch negative Kräfte sind bestrebt, alle diesbezüglichen Aktivitäten, vor allem kirchlicher Basisgruppen, zu koordinieren und mit dem Ziel zu kanalisieren, im Zeitraum vom 9. bis 11. Juni 1989 im Bereich der Kirchengemeinde Berlin-Friedrichsfelde einen »Pädagogischen Kongress von unten« als Gegenveranstaltung zum IX. Pädagogischen Kongress durchzuführen (ca. 200 Teilnehmer geplant).

Eingeordnet in dieses Vorgehen sind Veranstaltungen wie die am 15. April 1989 von der Kirchlichen Erziehungskammer Berlin-Brandenburg, dem Landesjugendpfarramt Brandenburg und dem Stadtjugendpfarramt Berlin in Potsdam durchgeführte »Pädagogische Werkstatt«¹⁶ (»Beratungen über gegenwärtiges und zukünftiges pädagogisches Handeln in Gesellschaft und Kirche«) bzw. die in der bekannten »Umweltbibliothek«¹⁷ in der Zionskirchengemeinde Berlin-Prenzlauer Berg öffentlich durchgeführte thematische Diskussionsrunde zum Thema »Gemeinsames Nachdenken über das Bildungssystem in der DDR«. An einer gleichartigen Veranstaltung in der Golgathakirchengemeinde in Berlin-Mitte am 16. März 1989 zum Thema »Konzepte und Zielstellungen in der Volksbildung« sollen nach intern vorliegenden Hinweisen auch ca. 15 im Bereich der Volksbildung tätige Personen teilgenommen haben. Vorliegenden Hinweisen zufolge gibt es zunehmend Bestrebungen politisch negativer und kirchlicher Kräfte, Pädagogen in geplante Vorhaben im Zusammenhang mit dem IX. Pädagogischen Kongress einzubeziehen. Einer Festlegung auf ihrer Tagung Mitte Februar folgend, bereitet die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg ebenfalls ein Treffen mit religiös gebundenen Pädagogen vor.

Internen Hinweisen zufolge nahmen an der »Pädagogischen Werkstatt« in Potsdam ca. 80 Personen, darunter Mitarbeiter kirchlicher Einrichtungen und einige hinlänglich bekannte Vertreter kirchlicher Basisgruppen, teil. Die Einführungsvorträge und in den vier Arbeitsgruppen gehaltenen Beiträge enthielten teilweise scharfe Angriffe gegen die Bildungspolitik in der DDR. Es wurde u. a. die Notwendigkeit unterstrichen, seitens der Kirche den Einfluss an den Schulen zu verstärken. Voraussetzungen hierfür seien, ein »Bündnis« mit Lehrern zu suchen und deren Forderungen nach »Umgestaltungen« an den Schulen zu unterstützen sowie die Kinder von kirchlich gebundenen Personen als Lehrer ausbilden zu lassen.

Auf der Zusammenkunft wurde eine von allen Teilnehmern unterzeichnete und an das Ministerium für Volksbildung gerichtete Resolution verabschiedet, in der u. a. gefordert wird

- die Trennung zwischen Schule und gesellschaftlichen Organisationen (FDJ und Pionierorganisation),
- angstfreie Erziehung der Kinder,
- Erhöhung des moralischen und ethischen Faktors bei der Erziehung,
- Abschaffung von politischen Symbolen (Pionierhalstücher).¹⁸

Darüber hinaus wurde in Vorbereitung auf den IX. Pädagogischen Kongress die Durchführung einer Veranstaltung des »Friedenskreises Weißensee«,¹⁹ Berlin (26.–28.5.1989) angekündigt, auf der ein »Rundbrief« an den Kongress verfasst werden soll, der die wesentlichsten Ergebnisse von Zuschriften kirchlicher Basisgruppen zur Thematik Volksbildung beinhalten werde.

Initiiert durch vorgenannte vielschichtige Aktivitäten und durch direkte Aufforderungen – sie reichen von Orientierungen der Synoden der evangelischen Landeskirchen bis zur Nutzung kirchlicher Schaukästen – kam es zu einer verstärkten und noch anhaltenden Eingabentätigkeit unterschiedlichster Personen, Personengruppen und Einrichtungen an zentrale und territoriale staatliche Organe sowie Einrichtungen der Volksbildung und des Hoch- und Fachschulwesens im Zusammenhang mit dem IX. Pädagogischen Kongress. In Einzelfällen versandten politisch negative Kräfte aus Halle selbstgefertigte Schreiben an Schulen, in denen ebenfalls Forderungen zur Bildungs- und Erziehungspolitik erhoben werden.

(Wie weiter bekannt wurde, werden derartige Schreiben auch aus dem westlichen Ausland verschickt. So brachte der »Kurt-Schumacher-Kreis e.V.«, Westberlin,²⁰ ca. 250 Schreiben gleichlautenden Inhalts, gerichtet an EOS bzw. POS in der Hauptstadt der DDR und in Bezirken, zum Versand, in denen die Bildungspolitik der DDR massiv verleumdet wird. In diesem Schreiben wird u. a. gefordert, die angeblich existierenden, »antiquierten und menschenverachtenden Richtlinien über die Erziehung der Schüler zum Hass gegen den Klassenfeind« nicht mehr zu befolgen. Eine Weiterverbreitung dieser Schreiben wurde weitgehend verhindert.)

Diese Versuche der Nutzung legaler Einflussmöglichkeiten auf den IX. Pädagogischen Kongress werden erweitert durch Versuche der gezielten Einflussnahme auf spezifische Personengruppen wie Mitglieder von Elternvertretungen, der CDU usw. und durch Bestrebungen, die Teilnahme am Kongress für Einzelpersonen zu erwirken (z. B. bezogen auf den Dozenten an der Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen in Potsdam, Frank Otto).²¹

Durch das MfS sind in enger Abstimmung mit den zuständigen zentralen und territorialen Organen Maßnahmen zur vorbeugenden Aufdeckung und Verhinderung gegen den IX. Pädagogischen Kongress gerichteter feindlich negativer Aktivitäten und zur Sicherung seiner störungsfreien Durchführung eingeleitet.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

1

Der maßgeblich von Margot Honecker initiierte IX. Pädagogische Kongress fand vom 13. bis 15.6.1989 im Palast der Republik in Ostberlin statt. Im Vorfeld der Veranstaltungen hatten sich zahlreiche Bürger zusammengefunden, um in kritischen Eingaben eine Neuausrichtung des Bildungswesens anzustoßen, darunter auch die aus der Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik hervorgegangene Arbeitsgemeinschaft IX. Pädagogischer Kongress. Der Verlauf der Veranstaltung symbolisierte für viele kritische Beobachter die Unfähigkeit der SED-Führung, das DDR-Bildungswesen umfassend zu reformieren. Vgl. Kaack, Heike: Der IX. Pädagogische Kongress am Ende der DDR. Frankfurt/M. 2015.

2

Die Gruppe »Frauen für den Frieden« entstand im Oktober 1982 in Ostberlin, um sich gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft

in der DDR zu wenden. Hintergrund war das DDR-Wehrdienstgesetz von 1982, das im Fall der Mobilmachung auch Frauen im Militärdienst vorsah. Bärbel Bohley, Katja Havemann, Almut Ilsen, Irena Kukutz, Ulrike Poppe, Bettina Rathenow und Karin Teichert verfassten daraufhin ein Protestschreiben an Erich Honecker, das von 150 Frauen unterschrieben wurde. Später gründeten sich in weiteren Städten Frauengruppen, die sich zu einem DDR-weiten Netzwerk zusammenschlossen. Seit 1984 fanden jährliche DDR-weite Frauentreffen statt, u. a. 1988 in Karl-Marx-Stadt zum Thema »Frauen und Autoritätsstrukturen«.

3

Ulrike Poppe, Jg. 1953, Angestellte, seit 1982 Mitglied in der Gruppe »Frauen für den Frieden«, seit 1986 Mitglied der »Initiative Frieden und Menschenrechte«, seit 1987 Mitglied im Arbeitskreis »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung«, Mitbegründerin von »Demokratie Jetzt« (DJ), Dezember 1989 bis März 1990 DJ-Vertreterin am Zentralen Runden Tisch, 1990 Mitarbeiterin der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne, 2009–17 Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

4

Im September 1988 wurden Kai Feller, Katja Ihle, Philipp Lengsfeld und Benjamin Lindner von der EOS »Carl von Ossietzky« in Berlin-Pankow relegiert. Die Schüler waren wegen kritischer Plakate (»Neonazis raus«) und Artikeln an der schulinternen Wandzeitung (»Solidarität mit Solidarność«) aufgefallen und hatten damit lebhafte Diskussionen in der Schule ausgelöst. Eine Unterschriftensammlung gegen Militärparaden anlässlich des Jahrestages der DDR wurde von 38 der insgesamt 160 Schülerinnen und Schüler unterzeichnet. Auf Druck von Schulleitung, SED und Elternhäusern zogen 30 Schüler ihre Unterschrift zurück, die übrigen acht wurden hart bestraft. Vier Schüler wurden relegiert, zwei erhielten einen Verweis und zwei wurden strafversetzt. Das staatliche Vorgehen schlug hohe Wellen, nicht zuletzt weil mit Philipp Lengsfeld der Sohn der gerade ausgebürgerten Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld sowie der Sohn von Egon Krenz, der die Schule ebenfalls besuchte, in den Fall involviert waren. In kirchlichen Kreisen kam es zu Solidaritätskundgebungen, auch viele Bürger artikulierten ihr Missfallen. Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution in der DDR. Bonn 2009, S. 291–300.

5

Der hier beschriebene Aufruf wurde am 20.11.1988 von Katharina Harich während eines Informationsgottesdienstes in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg verlesen (vgl. dazu: Information 508/88 v. 21. November 1988). Der Aufruf, der von zahlreichen DDR-Bürgerrechtsgruppen unterzeichnet wurde, ist abgedruckt in: Rudolph, Thomas u. a. (Hg.): Weg in den Aufstand. Chronik zu Opposition und Widerstand in der DDR zwischen 1987 und 1989. Bd. 1, Leipzig 2014, S. 267–269.

6

Die »Initiative Frieden und Menschenrechte« (IFM) entstand 1985/86 aus einer Gruppe um Bärbel Bohley, Gerd Poppe, Peter Grimm, Reinhard Weißhuhn, Ralf Hirsch, Wolfgang Templin und Werner Fischer. Im Zentrum des IFM-Engagements standen in Anlehnung an die »Charta 77« die Durchsetzung der politischen Grund- und Freiheitsrechte, die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Dabei verzichtete die lose organisierte IFM bewusst auf eine kirchliche Anbindung und damit auch auf deren schützendes Dach. Die etwa 30 Mitglieder der IFM gaben den illegalen »grenzfall« heraus, nutzten westliche Medien zur Verbreitung ihrer Erklärungen und wurden wie keine zweite Oppositionsgruppe vom MfS verfolgt.

7

Die hier zitierte »Erklärung der Initiative Frieden und Menschenrechte« wurde der Information 465/88 v. 29. Oktober 1988 als Anlage beigelegt.

8

Gemeint ist hier der »Aufruf der Initiative Frieden und Menschenrechte« vom 11.3.1989, mit dem die »Initiative Frieden und Menschenrechte« als erste Oppositionsgruppe ihre DDR-weite Ausdehnung bekanntgab. Der Aufruf ist abgedruckt in: Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989. Berlin 2002, S. 184–187.

9

Manfred Stolpe, Jg. 1936, Jurist, seit 1982 Konsistorialpräsident des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg, 1982–89 stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1990–2002 Ministerpräsident des Landes Brandenburg.

10

Die »Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR« war eine Veranstaltung des »Konziliaren Prozesses«, der auf Initiative der DDR-Delegation aus der Vollversammlung des Weltkirchenrates im Jahr 1983 hervorging. Auf drei Vollversammlungen (12.–15.2.1988 und 26.–30.4.1989 in Dresden sowie 8.–11.10.1988 in Magdeburg) berieten Delegierte der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Vgl. Aktion Sühnezeichen, Pax Christi (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden. Eine Dokumentation. Berlin 1990.

11

Der Wehrkundeunterricht, auch Wehrerziehung genannt, fand ab dem 1.9.1978 Einzug in die Lehrpläne der 9. und 10. Klassen der POS. Ab Ma 1981 gab es ihn auch in den 11. Klassen der EOS. Am Ende der 9. Klasse mussten die Jungen in ein zwölf-tägiges Wehrlager. Die Mädchen und diejenigen Jungen, die aus Gesundheitsgründen nicht am Lager teilnehmen konnten oder die Ausbildung an Waffen verweigerten, hatten einen

zwölf-tägigen Lehrgang in Zivilverteidigung zu absolvieren.

12

Der »Textentwurf 006« (»Aspekte der Friedenserziehung«) ist abgedruckt in: Evangelischer Pressedienst: Dokumentation. Ein Informationsdienst Nr. 52/88 v. 5.12.1988, S. 26–29.

13

Gemeint ist der 1982 gegründete »Arbeitskreis für christliches Friedenszeugnis« der Gethsemanegemeinde. Mit verschiedenen Arbeitskreisen, Senioren- und Junge-Gemeinde-Gruppen zeigte sich die Kirchengemeinde in den 1980er Jahren unter der Leitung des Pfarrers Werner Widrat offen für politische Themen und kulturelle Veranstaltungen. Im Jahr 1989 entwickelte sich das Kirchengelände zu einem Zentrum der Revolution in Ostberlin. Für Aktivisten der Opposition betrieb die Gemeinde ein Kontakttelefon, bot Schutz für Demonstranten und hielt Mahnwachen und Fürbitteandachten ab.

14

Die marxistisch orientierte Gruppe »Gegenstimmen« wurde von Reinhard Schult, Thomas Klein und Vera Wollenberger (heute Lengsfeld) sowie den inoffiziellen Mitarbeitern des MfS Knud Wollenberger, Wolfgang Wolf und Mario Wetzky gegründet. Die Mitglieder sprachen sich gegen eine DDR-weite Menschenrechtsbewegung aus und kritisierten die Ablösung der Menschenrechtsprobleme von der Friedensarbeit in der DDR. Der Aufruf »Tschernobyl wirkt überall« entstand im Umfeld der Gruppe, besonders aktiv trat sie gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im September 1988 in Westberlin auf und gab u. a. die Samisdat-Publikation »Schuldenkrise« heraus.

15

Friedrich Schorlemmer, Jg. 1944, evangelischer Theologe, Mitglied der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung, 1978–92 Dozent am Evangelischen Predigerseminar und Pfarrer der Schlosskirche in Wittenberg, im Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«.

16

Unter dem Motto »Wozu lohnt es sich zu lernen?« kamen am 15.4.1989 etwa 80 christliche Eltern, Pfarrer, Kirchenmitarbeiter und Vertreter von Basisgruppen in Potsdam zu einer »Pädagogischen Werkstatt« zusammen. Eingeladen hatte die Kirchliche Erziehungskammer Berlin-Brandenburg, das Landesjugendpfarramt Brandenburg und das Stadtjugendpfarramt Berlin. Ein Bericht des Vorsitzenden der Kirchlichen Erziehungskammer Dieter Reiher über das Treffen für die Zeitung »Die Kirche« ist abgedruckt in: Schneider, Ilona-Katharina: Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen – Praxis – Opposition. Eine kommentierte Dokumentation. Opladen 1995, S. 450 f.

17

Die »Umweltbibliothek« in Ostberlin (UB) wurde im September 1986 u. a. von Carlo Jordan, Christian Halbrock und Wolfgang Rüdtenklau nach dem Vorbild der polnischen »Fliegenden Universitäten« in den Kellerräumen der Zionsgemeinde in Berlin-Prenzlauer Berg gegründet. Mit Unterstützung des Pfarrers Hans Simon entwickelte sich der Ort mit Vorträgen, Konzerten und schwer zugänglicher Literatur zu einem Zentrum der DDR-Opposition. Mit den »Umweltblättern« gab die UB zudem ein eigenes Informationsblatt heraus, druckte aber auch andere Publikationen der Oppositionsbewegung.

18

Gemeint ist das Halstuch für Mitglieder der Pionierorganisation »Ernst Thälmann«. Als »Jungpioniere« trugen Schüler bei feierlichen Angelegenheiten bis zur 4. Klasse ein blaues, anschließend als »Thälmannpioniere« bis zur 8. Klasse ein rotes Halstuch.

19

Der »Friedenskreis Weißensee« wurde 1983 durch den Diakon der evangelischen Stephanus-Stiftung Mario Schatta gegründet. Im Mittelpunkt der Oppositionsgruppe standen zunächst Fragen der Wehrdienstverweigerung, des Bildungswesens und der Abrüstung in Ost und West. Größere Bekanntheit erlangte der Kreis mit dem Versuch, die Stimmenauszählung bei der Kommunalwahl am 7.5.1989 im Bezirk Weißensee zu kontrollieren. Schatta und seine Mitstreiter konnten erstmals flächendeckende Wahlfälschung der staatlichen Organe nachweisen. Sie erstatteten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und organisierten an jedem 7. des Monats eine Protestdemonstration in Ostberlin, ab dem 7. Juli auf dem Alexanderplatz. Im Oktober 1989 schlossen sich viele Mitglieder des Friedenskreises dem »Demokratischen Aufbruch« an.

20

Der Kurt-Schumacher-Kreis wurde 1968 auf Anregung von Willy Brandt als SPD-interner Zusammenschluss ehemaliger Häftlinge der SBZ/DDR in Westberlin gegründet. Mitbegründer, Sprecher und prägende Figur war der SPD-Politiker und ehemalige politische Häftling Hermann Kreutzer. Im Zuge der neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition wandten sich viele Vereinsmitglieder von der SPD ab.

21

Frank Wernick-Otto, Jg. 1951, Lehrer, seit 1982 Dozent an kirchlichen Ausbildungsstätten, unter anderem an der Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen in Potsdam, 1988 und 1989 Mitorganisator der Pädagogischen Herbsttagungen in Potsdam, auf der die staatliche Bildungspolitik in Kindergärten und Schulen hinterfragt und neue Erziehungsmethoden diskutiert wurden, seit 1986 Engagement für die »Initiative Frieden und Menschenrechte«.

